

Die Europäisierung sozialer Ungleichheit

Steffen Mau/Roland Verwiebe



Steffen Mau



Roland Verwiebe

Zusammenfassung

Mit fast jeder Erweiterungsrunde ist die Europäische Union ungleicher geworden. Die sozialen Disparitäten haben sich vergrößert. Diese Entwicklung hat die erstmals nationale Frage der Ungleichheit auf die europäische Agenda gesetzt. Die für die Soziologie entscheidende Frage lautet in diesem Zusammenhang: Welche neuen Ungleichheitsmuster entstehen auf der europäischen Ebene? Welche sozialen Gruppen können als Gewinner bzw. Verlierer des Europäisierungsprozesses gesehen werden? Welche Rolle spielen die europäischen Regionen? Wodurch wird die europäische Ungleichheitsstruktur beeinflusst? Unser Beitrag argumentiert, dass sich innerhalb Europas neue horizontale und vertikale Ungleichheitsstrukturen gebildet haben, die die bislang primär nationalstaatlich verfassten Sozialstrukturen zunehmend überlagern. Zu den Gewinnern zählen beispielsweise die europäisierten Eliten und hochqualifizierte Migranten, zu den Verlierern die Beschäftigten in traditionellen Industrien.

Schlagwörter: Europäische Eliten, Regionale Ungleichheit, Migration, Transnationalisierung

Die Ungleichheit im Denationalisierungstrend

Die Ungleichheitssoziologie beschäftigt sich mit der gesellschaftlichen Ungleichverteilung knapper und begehrter Güter und Positionen innerhalb von Gesellschaften. Die Formulierung „innerhalb von Gesellschaften“ war bis vor wenigen Jahren noch gänzlich unumstritten, da der Begriff der Gesellschaft ganz automatisch die Vorstellung einer Nationalgesellschaft einschloss: Ungleichheiten innerhalb von Nationalgesellschaften waren im Fokus, Ungleichheiten zwischen Nationalgesellschaften wurden kaum thematisiert (Beck/Grande 2004).

In Anspielung auf seinen Aufsatz *Jenseits von Stand und Klasse*, welcher die Auflösung ständisch geprägter Klassenkulturen beschwor, hat Beck (2008) in einem neueren Beitrag mit dem Titel *Jenseits von Klasse und Nation* die These vertreten, dass wir Zeugen einer zunehmenden Transnationalisierung sozialer Ungleichheit sind. Diese ist Teil einer größer angelegten Entwicklung, durch die dem nationalstaatlichen Prinzip der Ungleichheit, welches Ungleichheiten innerhalb von Gesellschaften in der Wahrnehmung vergrößert und Ungleichheiten

Ungleichheiten
zwischen National-
gesellschaften

zwischen nationalen Gesellschaften ausblendet, der Boden entzogen wird. Besonders sichtbar ist dieser Übergang von einer relativ abgeschlossenen zu einer verflochtenen Ungleichheitsstruktur im Zusammenhang mit dem Prozess der europäischen Integration. Elemente dieses Wandels beinhalten eine supranationale Institutionenbildung, die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, die Einführung von Freizügigkeit, die Öffnung des nationalgesellschaftlichen Mitgliedschaftsraumes durch Prinzipien der Nicht-Diskriminierung, eine veränderte Zusammensetzung intra-europäischer Migrationsbewegungen, eine Deinstitutionalisierung von Binnengrenzen oder die Schaffung einer gemeinsamen Währung etc. Damit werden auch soziale Ungleichheitsstrukturen europäisiert. Beck (2008, S. 315) formuliert es so: „Europäisierung ist durch einen Meta-Wandel gekennzeichnet, nämlich dadurch, dass der Grenzkonstruktion und Arbeitsteilung zwischen nationaler und internationaler Politik die Grundlage entzogen wird. Europäisierung ist also das klassische Beispiel für einen Gestaltenwandel sozialer Ungleichheit durch Entgrenzung nationaler Räume.“

Folgt man dieser Beobachtung, so stellt sich sogleich die Frage, wodurch denn ein europäisiertes Ungleichheitsregime charakterisiert ist. Welches sind die wichtigsten Strukturierungsdimensionen sozialer Ungleichheit? Welche Mechanismen zeichnen dafür verantwortlich, dass soziale Gruppen bestimmte Vor- bzw. Nachteilspositionen einnehmen? Leider sind für diese Fragen einfache Antworten nicht zur Hand, weil uns bisher geeignete wissenschaftliche Konzepte, aber auch lebensweltlich geteilte Deutungen fehlen. Eine wirklich stabile, auskristallisierte und institutionell abgesicherte Hierarchie sozialer Großgruppen ist in Europa nicht erkennbar. Europa als Zurechnungsebene ist zwar präsent, aber eher auf eine abstrakte als lebensweltlich erfahrbare Weise.

Der Zugang zu einer europäisierten Ungleichheitsstruktur muss unserer Ansicht nach zunächst bescheidener ansetzen, und zwar bei der Frage, ob die Europäisierung überhaupt spezifische/neue Strukturierungsformen hervorbringt. In der Abbildung 1 sind einige dieser neuartigen Formen sozialer Strukturierung zusammengefasst, die einerseits die Formierung neuer Gruppen mit direktem Europabezug, andererseits die Folgeeffekte der Europäisierung im Hinblick auf soziale Lagen und Lebenschancen fokussieren (siehe Mau/Verwiebe 2009). Unterscheiden wir diese beiden Perspektiven, dann können wir aus der ersten die Entstehung einer *europäischen Expertenklasse* und eines *europäisierten Milieus*, *transnational agierender Gruppen* und *europäischer Transfergruppen* beobachten. Aus der zweiten Perspektive übt die Europäisierung einen Druck auf die Regulierungs- und Redistributionskraft nationalstaatlicher Systeme aus, treibt die *Vermarktlichung von Lebenslagen* voran und verändert die Strukturmuster innerstaatlicher Ungleichheit, so durch die *Verräumlichung sozialer Ungleichheit*.

Abbildung 1: Stratifikation durch Europäisierung

Herausbildung neuer Gruppen	Beispiele
Europäische Eliten und europäisierte Milieus	EU-Bürokratie, Lobby- und Interessengruppen, Erasmus-Studenten, wirtschaftliche Eliten
Transnationale Eliten, Transmigranten	mobile Gruppen mit hohem Humankapital und transnationalem Habitus; europäische Arbeitsmigranten (u.a. Pendelmigration und zirkuläre Migration), Ruhestandsmigration
Europäische Transfergruppen	strukturschwache Regionen, Landwirtschafts- und Fischereibetriebe als Begünstigte von EU-Transfers
Effekte auf Soziallagen und Lebensbedingungen	
Vermarktlichung sozialer Lagen	Druck auf alte Industrien, nicht wettbewerbsfähige Branchen und Regionen sowie schwächere Marktteilnehmer (z. B. Geringqualifizierte)
Verräumlichung sozialer Ungleichheit	regionale Disparitäten und neue Zentrum-Peripherie-Strukturen

Quelle: Basiert auf Mau/Verwiebe 2009: 256.

Im Folgenden werden wir anhand dieser Heuristik einen Einblick in wichtige Prozesse der Europäisierung der Sozialstruktur geben.

Europäische Eliten und europäisierte Milieus

In einer Vielzahl von europasozologischen Arbeiten wird hervorgehoben, dass Europa eine Polarisierung zwischen den Eliten und den „einfachen Bürgern“ hervorbringe (Haller 2008). Diese Diagnose geht auf die Beobachtung zurück, dass das „Projekt Europa“ von Anfang an ein Elitenprojekt war, getragen von Europaidealistinnen und politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern. Mit der Etablierung der EU-Institutionen und Entscheidungsgremien hat die EU zudem der Formierung neuer administrativer und bürokratischer Eliten Vorschub geleistet. Brüssel als Sitz der Europäischen Kommission und Straßburg als Sitz des Europaparlaments sind heute Arbeits- und Lebensorte einer wachsenden Zahl von Menschen, die in europäischen oder europäisierten Bürokratien arbeiten. Es gibt zwar nur 25.000 EU-Beamte, aber eine um ein Vielfaches größere Gruppe, welche im Umkreis der EU-Behörden Tätigkeiten mit genuinem Europabezug ausübt. Neben den europäischen Funktionseliten hat sich zum Beispiel im Kontext der europäischen Institutionenbildung eine Vielzahl neuer politischer Interessen- und Lobbygruppen in Brüssel etabliert. Schätzungen gehen von 15.000 Lobbyisten für Unternehmen der Telekommunikation, des Automobilbaus, der Tabakindustrie, der Chemiebranche aus.

Es sind aber nicht allein die EU-Eliten, die den Europäisierungsprozess mit gestalten oder direkt in ihn einbezogen sind. Ein *Milieu mit europazentrierten Karriere- und Lebenswegen* – Funktionseliten, Unternehmer, Hochqualifizierte in der Wissenschaft und der freien Wirtschaft und Beschäftigte in wissensintensiven Bereichen und neuen Dienstleistungsökonomien – ist am Entstehen. Die

Projekt Europa – ein Elitenprojekt

Milieu mit europazentrierten Karriere- und Lebenswegen

Studie von Hartmann (2010) gibt erste konkrete Hinweise auf die Facetten einer europäisierten Elite. Er kann zeigen, dass das Topmanagement gerade in kleineren europäischen Wirtschaftsnationen bereits stärker transnationalisiert ist. Beispiele hierfür sind die Niederlande oder die Schweiz. Bei den großen Wirtschaftsnationen sieht er vor allem in Deutschland eine Tendenz hin zur Transnationalisierung.¹ So hat sich der Anteil von Ausländern in den Vorständen der 100 größten deutschen Unternehmen zwischen 1995 und 2005 von zwei auf neun Prozent erhöht. Unter den deutschen Vorständen hat sich zugleich der Anteil derjenigen mit transnationalen Erfahrungen zwischen 1995 und 2005 in etwa verdoppelt. Inzwischen haben ein knappes Drittel der deutschen Vorstände Auslandsaufenthalte (durch Berufstätigkeit und/oder Studium) absolviert.

Bologna-Prozess

Auch die Studierenden, die durch das Erasmus-Programm neue Erfahrungen gewinnen und sich „europäisieren“, können dazugezählt werden. In entgrenzten Räumen werden Mobilität, Mobilitätskompetenz und die Verfügbarkeit von konvertiblen Ressourcen zu zentralen Schichtungsfaktoren. Dies trifft vor allem dann zu, wenn Humankapital beim Eintritt in einen anderen Arbeitsmarkt nicht entwertet wird. Verstärkt werden solche Entwicklungen durch die Bemühungen um Standardisierungen von Bildungsabschlüssen, wie sie durch den Bologna-Prozess vorangetrieben werden. Dies führt letztlich dazu, dass (vor allem im Bereich der universitären Bildung) die Anschlussprobleme zwischen nationalen Bildungssystemen und Arbeitsmärkten verringert werden und es für Menschen mit mittleren Abschlüssen und mit Hochschulabschlüssen leichter wird, die eigene Qualifikation in einem anderen europäischen Land einzusetzen. Diese Entwicklungen könnten mittelfristig dazu führen, dass sich in bestimmten Branchen ein europäisiertes Arbeitsmarktsegment herausbildet (z.B. in der Wissenschaft), während andere Arbeitsmarktbereiche längerfristig relativ abgeschottet bleiben.

Innereuropäische Migranten

Der Blick auf die Spitzen der Gesellschaft darf jedoch nicht übersehen, dass auch in anderen Bereichen paneuropäische Lebensformen im Entstehen sind. Zwar ist die Rate innereuropäischer Migration immer noch gering, aber sie steigt in den letzten Jahren an. Im Jahr 2000 hatten sich etwa 1,5% aller EU-Bürger langfristig in einem anderen EU-Land niedergelassen. Inzwischen leben im EU-Durchschnitt 2,3% der EU-Bürger in einem anderen EU-Land als ihrem Heimatland. Dieser Bevölkerungsanteil variiert von 0,05 Prozent in Bulgarien, über 6,2% in Belgien, bis zu über 36% in Luxemburg.

Aus der Perspektive europäisierter Ungleichheitsstrukturen ist der entscheidende Punkt, dass inzwischen ein ganzes Spektrum neuer Bewegungsformen entstanden ist und sich zugleich die Komposition von Wanderungspopulationen stark verändert hat. Neuere Studien zur EU-Binnenmigration zeigen beispielsweise, dass die bisherige Vorstellung von Migration als einseitigem Wanderungsprozess von einer Herkunfts- in eine Zielregion mit dem Ziel eines langfristigen Aufenthalts auf viele EU-Migranten nicht anwendbar ist. Grenznahe Pendeln, Ruhestandsmigration, temporäre Wanderungen nehmen zu. Ein vollstän-

diger und dauerhafter Umzug, wie noch zu Zeiten der großen Migrations- und Auswanderungswellen in den vergangenen Jahrhunderten, wird nur von einem Teil realisiert. Damit verbunden entstehen plurilokale Bindungen und transnationale soziale Räume, die sich zwischen unterschiedlichen Aufenthalts- und Bezugsorten aufspannen (Pries 2007).

Die wohl bedeutsamste Mobilitätsbewegung finden wir derzeit in Ost-West-Richtung im Zuge des Beitritts der ost- und mitteleuropäischen Mitgliedsländer (für die folgende Darstellung siehe Büttner/Mau 2010). Insbesondere in Ländern wie Polen, Bulgarien, Rumänien und dem Baltikum sind umfangreiche Migrationsströme nach Westeuropa zu beobachten. In den letzten zehn Jahren haben zahlreiche Menschen aus Osteuropa auf saisonaler Basis als Krankenpfleger, Au-Pairs, Reinigungskräfte, Erntehelfer und Handwerker in Westeuropa gearbeitet und die Saisonarbeiter aus Südeuropa abgelöst. Ein Land wie Bulgarien, mit knapp acht Millionen Einwohnern, hatte von 1989 bis 1998 eine Auswandererzahl von geschätzten 750.000 Menschen (ohne Zu- und Rückwanderer) (Gächter 2002). Am stärksten ist das Migrationspotential derzeit im Baltikum: knapp zehn Prozent der Bevölkerung haben hier feste Wanderungsabsichten (Mau/Verwiebe 2010: 322). In Osteuropa ist der Anteil derer, die einen Umzug ins europäische Ausland planen, sogar größer als der Anteil derer, die in eine andere Region des eigenen Landes umziehen wollen. Beschäftigung finden diese Migranten vor allem im Niedriglohnsektor westeuropäischer Länder, in welchem Arbeitskräftenachfrage herrscht.

Bei den osteuropäischen Migranten überwiegen Personen mit mittleren Bildungsgraden und junge Menschen; es dominieren Tätigkeiten, für die man keine oder nur geringe Qualifikationen benötigt (siehe Tabelle 1). Sozialstrukturell bedeutet die Ost-West-Wanderung eine Unterschichtung der Zielgesellschaft (wenn auch oft nur temporär) und ein relativer sozialer Aufstieg gegenüber der Herkunftsgesellschaft. Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Migranten aus den alten EU-15-Mitgliedsländern (Tabelle 1, zweite Spalte) ist anderer Gestalt. 44% dieser Bevölkerungsgruppe haben einen Universitätsabschluss, 55% gehen einer Tätigkeit als hoch qualifizierte Angestellte nach. Das sind gegenüber den Quoten der Einheimischen (Tabelle 1, rechte Spalte) sehr hohe Werte, die auf eine neue Form innereuropäischer Migration – Stichwort Elitenwanderung – hinweisen.

Eine gestiegene Migrationsbereitschaft oder eine Zunahme temporärer Wanderungen, sind jedoch keine allein auf Mittel- und Osteuropa begrenzten Phänomene, sie nehmen derzeit auch unter Westeuropäern zu. Deutschland beispielsweise erlebt einen Zuwachs an Arbeitsmigration in Länder wie die Schweiz, Dänemark, Großbritannien, Irland, Niederlande und Norwegen, unter anderem in Form von grenznahen Wanderungen oder Pendelmigration. Europas Wunsche für junge Fachleute und qualifizierte Arbeiter sind vor allem Metropolen wie London, Paris und Brüssel, pulsierende urbane Ballungszentren in Irland und Großbritannien und die prosperierenden Regionen Schwedens, Dänemarks, Frankreichs, Hollands, Deutschlands und der Schweiz, sowie kleinere regionale Zentren. Insofern werden die urbanen Ballungsräume immer multikultureller und sind in gewisser Weise Sozillabore der sozialen und kulturellen Seite der europäischen Integration. Ein weiterer Aspekt innereuropäischer Migration ist

Mobilitätsbewegung
in Ost-West-
Richtung

Unterschichtung der
Zielgesellschaft

Urbane
Ballungsräume
werden
multikultureller

auch die Wanderung von älteren Menschen gerade aus der gehobenen Mittelschicht. Unter pensionierten Europäern ist es zunehmend verbreitet, in bestimmten Jahreszeiten in attraktive Touristengebiete in Frankreich, Portugal, Spanien, Italien und Griechenland zu ziehen. Ein Teil dieser Gruppen lebt in wenig durchmischten sozialen Enklaven. Dennoch verändert diese Migration die soziale Komposition der Wanderungsziele und ist, im weitesten Sinne, als Überschichtung der autochthonen Sozialstrukturen zu verstehen, mit allen damit verbundenen Konsequenzen wie einem Anstieg der Wohnungs- und Grundstückspreise und einem Anziehen der Lebenshaltungskosten. Natürlich gibt es auch lokale Nutznießer, so diejenigen, die von diesen Zuzügen ökonomisch profitieren können.

Tabelle 1: Sozialstruktur der Migranten in Europa

	EU-15	EU-10	Nicht-EU-25	Inländer
Altersgruppen				
15-24	12	27	19	12
25-34	48	51	46	24
25-64	40	22	35	64
Bildung				
Niedrig	15	15	36	27
Mittel	41	63	40	47
Hoch	44	22	24	26
Berufliche Tätigkeit				
Hoch qualifizierte Angestellte	55	16	20	40
Niedrig qualifizierte Angestellte	24	28	25	26
Qualifizierte Arbeiter	12	27	21	25
Unqualifizierte Tätigkeiten	9	30	35	10
Familienstand				
Ledig	61	53	38	39
Verheiratet	39	47	62	61

Quelle: Mau/Verwiebe 2009: 293; Angaben beziehen sich auf das Jahr 2004.

Europäische Transferempfänger

Die Europäisierung erzeugt aber nicht nur europäisierte Milieus und neue Formen von Transmigration, sondern nimmt auch direkten Einfluss auf die Lebensumstände von immer mehr Menschen und sozialen Gruppen der Durchschnittsbevölkerung. In Analogie zu den von Lepsius (1979) definierten *Versorgungsklassen* als Gruppen, deren Lebenschancen nicht zentral durch den Markt bestimmt sind, sondern durch staatliche Transfereinkommen, lassen sich auch *europäische Transfergruppen* identifizieren: Es gibt eine Reihe von Gruppen, deren Lebensverhältnisse unmittelbar von europäischen Finanzmitteln abhängen. Die europäische Landwirtschaft profitiert beispielsweise unmittelbar von hohen europäischen Subventionen, weshalb diese auch als wohlfahrtspolitische Unterstützung für die ländliche Bevölkerung charakterisiert worden sind. Derzeit werden jährlich ca. 50 Milliarden Euro aus Brüssel an die landwirtschaftlichen

Beschäftigte in
Landwirtschaft und
Fischerei

Betriebe überwiesen. Mit den Brüsseler Transfers werden Agrarpreise massiv subventioniert. Neben den Zielen, die Versorgung zu sichern, Märkte zu stabilisieren und die Produktivität in der Landwirtschaft zu erhöhen, ist ein zentrales Anliegen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), das Pro-Kopf-Einkommen der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung zu erhöhen und somit einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten. Auch die Beschäftigten in vielen Fischereibetrieben profitieren von EU-Zahlungen, die ihre Marktposition und ihr Einkommen verbessern. Die wohl wichtigsten Transferleistungen werden im Rahmen der Struktur- und Regionalfonds umgesetzt, durch welche strukturschwache und benachteiligte Regionen Fördermittel erhalten. Dies sind vor allem Regionen in den Beitrittsländern, aber auch periphere Regionen in Italien, Portugal, Ostdeutschland, Großbritannien. Die jährlichen Mittel liegen derzeit bei etwa 50 Milliarden Euro.

Fischereibetriebe
strukturschwache
und benachteiligte
Regionen

Mit derlei politischen Instrumenten werden die „Bedürfnisse der Verlierer des Gemeinsamen Marktes“ (Andersen 1998, S. 180) aufgegriffen. Ihnen wird auf diese Weise zu verstehen gegeben, dass sie bei der europäischen Integration nicht in dauerhafte Nachteilpositionen zurückfallen: Der Förderungsanspruch bestimmt sich durch „relative Bedarfslagen“, relativ zum EU-Bruttoinlandsprodukt, oder nachteilige Entwicklungsbedingungen wie Randlage, Qualifikationsniveau und Arbeitslosigkeit. Als problematisch erweist es sich, dass nicht alle Regionen in gleichem Maße die neuen Möglichkeiten der Regionalentwicklung nutzen können. Es ist bereits heute abzusehen, dass größere Agglomerationen es leichter haben, die Maßnahmen für eine stärkere Förderung wissensbasierter Wirtschaftszweige umzusetzen, als ärmere, dünn besiedelte Agrarregionen. Die Regionen werden die Förderung von „Leuchtturm“-Projekten dem Ziel einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung unterordnen müssen, was aller Voraussicht nach die Unterschiede zwischen Stadt und Land weiter vergrößern wird. Sozialstrukturelle Effekte sind nicht eindeutig prognostizierbar: erkennbar ist jedoch, dass solche Umverteilungen auf Lebenschancen von Destinärgruppen einwirken können. Im Verteilungsspiel der Europäischen Union sind die Regionen, die Bauern und auch die Fischereibetriebe als eigenständige Akteure sichtbar. Sie scheinen kollektiv mobilisierbar und auch interessenstark zu sein, zum Teil auch im Konflikt mit nationalen Interessen.

„Leuchtturm“-
Projekte

Vermarktlichung sozialer Lagen

Neben der Identifizierung neuer Gruppen geht es um die Frage der relevanten Determinanten und Dimensionen sozialer Ungleichheit. Große Bedeutung haben hier die europäisch angeleiteten Prozesse der Marktbildung und Liberalisierung, welche die Lebenschancen von Individuen und Gruppen beeinflussen und neu verteilen (Vobruba 2005). Diese Prozesse können zum Teil auf einen allgemeinen Globalisierungstrend zurückgeführt werden, zum Teil auf die wirtschaftlichen und politischen Integrationsmaßnahmen der EU. Mit dem Abbau von Wettbewerbsbeschränkungen hat sich die wirtschaftliche Dynamik verstärkt, die insbesondere schwächere Marktteilnehmer und Standorte mit veralteten Indu-

strien unter Druck setzt. Anders als in den 1950er bis 1980er Jahren, als nationale Ausbildungssysteme, Wohlfahrtsinstitutionen und Beschäftigungsordnungen eine relativ hohe Stabilisierung und Standardisierung garantierten, kommt es jetzt zu einer größeren *Vermarktlichung sozialer Lagen*: Die Lebensbedingungen und -chancen sind viel unmittelbarer der Marktbewertung unterworfen. Mit der Durchsetzung des europäischen Binnenmarktes wurde zudem ein Deutungsmuster sozialer Ungleichheit institutionalisiert, welches die klassischen wohlfahrtsstaatlichen Prinzipien von Ausgleich und Umverteilung zunehmend durch die Marktlogik, also meritokratische Gratifikation, substituiert (vgl. Bach 2008). Infolgedessen gibt es eine wachsende Kluft zwischen jenen, die sich aufgrund ihrer Fähigkeiten und Qualifikationen im Wettbewerb behaupten können, und jenen, die durch ihren Mangel an wettbewerbsfähigen Ausstattungen zu sozialen Verlierern werden (Münch/Büttner 2006).

Anstieg der
Arbeitslosigkeit für
gering qualifizierte
Arbeitskräfte

Im Kontext von europäischer und globaler Marktbildung kommt es auch zu einer zunehmenden Spezialisierung der einzelnen Länder. Fortgeschrittene Industrieländer spezialisieren sich auf humankapitalintensive Produkte, was zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit für gering qualifizierte Arbeitskräfte führt. In vielen westeuropäischen Ländern steigt mit einer Zunahme des Außenhandels der Druck auf Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation. Für die Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa gilt, dass sie durch die Mitgliedschaft ihren Zugang zu Märkten deutlich verbessern konnten. Auch können sie unter günstigeren Bedingungen Investitionskapital und – im Rahmen der Kohäsionspolitik – EU-Transfers erhalten. Dem stehen jedoch Verluste beim Produktionsfaktor Arbeit durch Abwanderung insbesondere qualifizierter Arbeitskräfte gegenüber. Gleichzeitig haben die Unternehmen Osteuropas Schwierigkeiten, mit den sehr viel produktiveren Industrien Westeuropas und deren hochwertigen Produkten zu konkurrieren.

Abbau von relativ
gesicherten
Beschäftigungs-
verhältnissen

Weiterhin beobachten wir in Europa einen intensiven Wandel der Beschäftigungsstruktur, welcher den Übergang von einer Industriegesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft widerspiegelt (Europäische Kommission 2007, S. 19). Zwar hat die Gesamtbeschäftigung in der EU in den letzten Jahren deutlich zugenommen (wenn man die jüngste Krise außer Acht lässt), aber diesen Zuwachs begleiten ein Rückgang der Beschäftigung in der Landwirtschaft und Industrie sowie eine Zunahme der Beschäftigung im Dienstleistungssektor. Allerdings finden sich insbesondere hier auch viele schlecht bezahlte und ungeschützte Jobs. Diese Entwicklung geht zum Teil auf die von der EU-Kommission geförderte Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in wichtigen Bereichen wie dem Energie-, Transport- und Telekommunikationssektor, den Postdiensten, dem Luftverkehr und der Gas- und Stromversorgung zurück. Ein weiteres Resultat dieser ökonomischen Europäisierung ist jedoch ein Abbau von relativ gesicherten Beschäftigungsverhältnissen und ein zusätzlicher Druck auf die Arbeitskosten und die Löhne.

Verräumlichung sozialer Ungleichheit

Innerhalb Europas wirken nicht nur die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten als wichtige strukturierende Faktoren, es findet ebenso eine Aufladung regionaler Ungleichheiten statt. Wir betrachten diese als ein weiteres Fallbeispiel für direkte Effekte der Europäisierung auf Ungleichheitsstrukturen in Europa. In historischer Perspektive war es eine der großen Leistungen der Nationalstaaten, nicht nur zwischen Klassen und sozialen Gruppen, sondern auch zwischen Regionen für sozialen Ausgleich sorgen zu können. So schreibt Martin Heidenreich (2003 34): „Nationalstaaten haben [...] mit einigem Erfolg versucht, die Auskristallisierung regionaler Unterschiede zu regionalen Ungleichheiten zu verhindern, indem regionale Unterschiede zum einen erfolgreich verhindert wurden und indem sie zum anderen in nichtterritorial definierte soziale Ungleichheiten transformiert wurden.“ Im Rahmen des Europäisierungsprozesses ergeben sich jedoch auch hier Veränderungen: Einerseits begrenzt Europa die Autonomie der Nationalstaaten, andererseits stärken Regionalisierungs- und Dezentralisierungsprozesse die Rolle der Regionen als politische Akteure. Daher kommen Fragen der Territorialgliederung in Europa eine immer größere Bedeutung für die Analyse sozialer Ungleichheit zu. Konzeptionell haben wir es dann mit einer größeren Gewichtung horizontal-territorialer im Verhältnis zu vertikalen Ungleichheiten zu tun.

Auf regionaler Ebene zeigt sich eine große Polarisierung: In der reichsten Region Europas, Inner London, beträgt das BIP pro Kopf 336% des europäischen Durchschnitts, in der rumänischen Region Nord-Est nur 25%. Die Regionen mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen befinden sich alle in Westeuropa. Die ärmsten Regionen liegen ausnahmslos in den Mitgliedsstaaten Rumänien, Bulgarien und Polen. Darüber hinaus sind erhebliche Differenzen hinsichtlich des Bruttosozialproduktes pro Kopf innerhalb der Mitgliedsländer zu konstatieren. Vor allem in Großbritannien und Belgien, aber auch in Frankreich, Deutschland, Österreich, Tschechien und in der Slowakei sind die Unterschiede zwischen der jeweils reichsten und ärmsten Region beträchtlich. Am geringsten sind die regionalen Ungleichheiten in den osteuropäischen Beitrittsländern Polen, Slowenien und Bulgarien.

Große Polarisierung
auf regionaler Ebene

Man kann in diesem Zusammenhang zwei unterschiedliche Aspekte regionaler Ungleichheit unterscheiden: Zunächst ist zu fragen, inwieweit die regionale Ungleichheit die sozioökonomischen Disparitäten zwischen den Mitgliedsländern spiegelt und somit als Ausdruck der schon angesprochenen zwischenstaatlichen Ungleichheiten angesehen werden kann. Der zweite Aspekt fragt nach den innerstaatlichen Ungleichheiten, die auch zur regionalen Gesamtungleichheit in Europa beitragen. In einer Gegenüberstellung der Entwicklung von inner- und zwischenstaatlichen Ungleichheiten in den EU-Mitgliedsländern und den Beitrittsländern von Mitte der 1990er-Jahre bis 2003 zeigt Heidenreich (2006), dass die Ungleichheit zwischen den Ländern deutlich abgenommen hat, und zwar um 45%, während die innerstaatlichen regionalen Ungleichheiten um 15% zugenommen haben. Das heisst aus unserer Sicht: In Europa gibt es eine Konvergenz zwischen den Mitgliedsländern, die jedoch auf der regionalen Ebene gebrochen wird.

Konvergenz
zwischen Mitgliedsländern,
die auf regionaler Ebene
gebrochen wird

Die horizontal-territoriale Ausrichtung von Ungleichheit stellt das im nationalstaatlichen Kontext formulierte Ziel der einheitlichen Lebensbedingungen in Frage und wirft gleichfalls Probleme für das auf der EU-Ebene formulierte Entwicklungsziel des territorialen Zusammenhalts auf. Weiterhin verändern sich die großen Linien sozialer Strukturierung. Zu den bekannten ungleichheitsrelevanten Faktoren wie Bildung, Geschlecht und Alter treten verstärkt solche, die sich am Wohn-, Arbeits- und Aufenthaltsort festmachen. Die Verräumlichung sozialer Ungleichheit lässt ein Muster der Bevölkerungsgliederung hervortreten, in welchem sozialökologische Faktoren verstärkt mit gruppenspezifischen oder individuellen Faktoren interagieren und so Lebenschancen maßgeblich beeinflussen.

Fazit

Noch ist das Gelände der europäischen Ungleichheitsdynamik unübersichtlich und schwer zugänglich. Es ist noch verfrüht, eine sichere Prognose über weitere Entwicklungen im Bereich der sozialen Ungleichheiten abzulegen. Aus unserer Sicht ist Europa vor allem ein Gebilde im Werden und noch dabei, den Umgang mit neuen Strukturen verschiedenster Art einzuüben. Wir wissen nicht, wie lernfähig (und auch wie konsens- und solidaritätsfähig) sich die Institutionen und die politischen und sozialen Akteure dabei erweisen werden. Dieser Prozess vollzieht sich unter instabilen Bedingungen, wie uns die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise lehrt. Anders als der Nationalstaat ist Europa keine umfassend normierte und legitimierte Ordnung, welche sich fundamentalen Fragen nach der Existenzberechtigung und der Gestaltung von Basisinstitutionen entziehen kann, sondern ein freiwilliger Zusammenschluss verschiedener Nationen. Länder, Regionen oder gesellschaftspolitische Gruppen können Europa und seinen Integrationsweg in Frage stellen, und, wenn sie genügend Vetomacht besitzen, in die Stagnation treiben. Tiefer gehende Konflikte könnten zwischen denen aufkommen, die sich aufgrund ihrer sozialen Lage als die Nutznießer der Integration verstehen, und jenen, die sich vom Projekt der Europäisierung ökonomisch, sozial, kulturell und identitätspolitisch bedroht sehen. Allerdings ist die Zuweisung von Vor- und Nachteilpositionen nicht mehr nur eine Frage von oben und unten: Klassische sozialstrukturelle Faktoren spielen mit nationalen und regionalen Kontexten zusammen. Daher sind die durch Entgrenzung und supranationale Integration hervorgebrachten Ungleichheitsmuster vielgestaltig und heterogen, eine unübersichtliche Landschaft eben, die wir erst zu kartographieren und zu verstehen beginnen.

Anmerkung

- 1 In Großbritannien, Frankreich oder Italien sind solche Tendenzen bislang deutlich schwächer ausgeprägt.

Literatur

- Andersen, Jeffrey J.: Die ‚soziale Dimension‘ der Strukturfonds: Sprungbrett oder Stolperstein?, in: Stephan Leibfried/Paul Pierson (Hg.), Standort Europa. Europäische Sozialpolitik, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1998 S. 155-194.
- Bach, Maurizio: Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der europäischen Integration, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008
- Beck, Ulrich: Jenseits von Klasse und Nation: Individualisierung und Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten, in: Soziale Welt 29 (2008), S. 301-325.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar: Das kosmopolitische Europa. Politik und Gesellschaft in der zweiten Moderne, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2004.
- Büttner, Sebastian/Mau, Steffen: Horizontale Europäisierung und europäische Integration, in: Monika Eigmüller/Steffen Mau (Hg.), Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung, Wiesbaden: VS 2010 S. 274-320.
- Europäische Kommission: Wachsende Regionen, wachsendes Europa. Vierter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften 2007.
- Gächter, August: The Ambiguities of Emigration: Bulgaria since 1988, in: International Migration Papers, Genf: International Labour Office 2002.
- Haller, Max: European Integration as an Elite Process. The Failure of a Dream?, London/New York: Routledge 2008.
- Hartmann, Michael: Elites and Power Structure, in: Stefan Immerfall/Göran Therborn, Göran (Hg.) (2010): Handbook of European Societies. Berlin: Springer. (2010) S. 291-324
- Heidenreich, Martin: Territoriale Ungleichheiten in der erweiterten EU, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55, 1 (2003), S. 31-58.
- Heidenreich, Martin: Die Europäisierung sozialer Ungleichheit zwischen nationaler Solidarität, europäischer Koordinierung und globalem Wettbewerb, in: Ders. (Hg.), Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse, Frankfurt/Main: Campus 2006 S. 17-64.
- Lepsius, M. Rainer: Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1979 S. 166-209.
- Mau, Steffen/Verwiebe, Roland: Die Sozialstruktur Europas, Konstanz: UTB/UVK 2009.
- Mau, Steffen/Verwiebe, Roland: European Societies. Mapping Structure and Change, Bristol: Policy Press 2010.
- Münch, Richard/Büttner, Sebastian: Die europäische Teilung der Arbeit. Was können wir von Emile Durkheim lernen?, in: Martin Heidenreich (Hg.): Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse, Frankfurt/Main: Campus 2006 S. 65-107.
- Pries, Ludger: Die Transnationalisierung der sozialen Welt, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2007.
- Vobruba, Georg: Die Dynamik Europas, Wiesbaden: VS 2005.